

*La Fédération patriotique suisse à un certain nombre de Parlementaires,
au Département militaire, à ses Sections*

L circulaire

Aarau, 19. März 1938

Im Hinblick auf die nächsten Montag beginnende Session der Bundesversammlung und die vorgesehene interparteiliche Konferenz gestatten wir uns, Ihnen hiemit ein Exposé über «Die Ereignisse in Österreich und die Folgerungen für die Schweiz»¹ zu übermitteln. Wir bitten Sie um wohlwollende Durchsicht und Unterstützung der von unserem Verband aufgestellten Anregungen.

ANNEXE

DIE EREIGNISSE IN ÖSTERREICH
UND DIE FOLGERUNGEN FÜR DIE SCHWEIZ

In eingehender Aussprache hat sich der Arbeitsausschuss des Schweiz. Vaterländ. Verbandes in seiner Sitzung vom 17. März in Zürich mit den Ereignissen in Österreich und den daraus für unser Land zu ziehenden Folgerungen befasst.

Dabei ist zunächst festgestellt worden, dass auch für uns die Ereignisse überraschend waren, obwohl sie nach der Entwicklung der deutsch-österreichischen Politik vorausgesehen werden konnten. Und zwar ging schon Ende 1934 aus Berichten aus Österreich hervor, dass die österreichische Legion für den Einmarsch in Österreich bestimmt sei, um dort nötigenfalls mit Waffengewalt die Macht im Staate zu erringen. «Tatsächlich», so heisst es wörtlich in einem Bericht, «wurde die österreichische Legion anlässlich der Unruhen in Österreich im Februar 1934 alarmiert, bewaffnet und wartete auf den Einmarschbefehl nach Österreich. Ebenso wurde im Juli 1934 die österreichische Legion einmarschbereit gemacht; der Einmarsch erfolgte nur deshalb nicht, weil an der österreichisch-italienischen Grenze italienische Truppen aufmarschiert waren». Ferner konnte anfangs Mai 1936 zuständigen Instanzen auch Kenntnis gegeben werden von Nachrichten über die Lage im Tirol, wonach sich die Anzeichen mehren, «die auf eine Bedrohung des Landes in steigendem Masse hindeuten. Waren im vergangenen Jahre die begleitenden Umstände derart geartet, dass man an Vorstösse illegaler Kräfte denken musste, so hat sich nunmehr das Blatt gewendet, denn alle Wahrnehmungen lassen darauf schliessen, dass im Zusammenhange mit den machtpolitischen Bestrebungen des Deutschen Reiches nunmehr mit einer Besetzung des Landes, bezw. von ganz Österreich ernst gerechnet werden muss». Nach der gleichen Meldung wurde damals schon in nationalsozialistischen Kreisen auf den Herbst 1936 mit der Besetzung Österreichs durch die deutsche Reichswehr gerechnet. Etwas gebessert schienen die Verhältnisse nach Informationen im Frühjahr 1937, indem damals von eingeweihten Persönlichkeiten im Tirol (Nicht-Nationalsozialisten) die Meinung vertreten wurde, die nationalsozialistisch eingestellten breiten Kreise würden eher auf nationalem Boden stehen und keinen Anschluss an Deutschland wollen, obwohl zugefügt werden müsse, dass der innern Unsicherheit wegen die Sympathien eher für Deutschland seien.

1. *Reproduit en annexe.*

Auch wurde damals, im Februar 1937, betont, dass die Anhängerschaft Schuschnigg's auf kaum 5% der Bevölkerung geschätzt werden dürfe, während diejenige der österreichischen Nationalsozialisten 70–80% betrage.

Im Gegensatz dazu stellt der Arbeitsausschuss des S.V.V. fest, dass unser Land nicht von nationalsozialistischen Ideen durchdrungen ist und auch Anfängen einer bezüglichen Propaganda gegenüber sich stets ablehnend verhielt. Die Bevölkerung der Schweiz steht auf demokratischem Boden, wobei als kleine Ausnahme die Anhänger der Nationalen Fronten zu nennen wären. Einmütig hält aber auch die ganze Bevölkerung an der Unabhängigkeit des Landes fest; nur winzige Teile mögen vielleicht dem Gedanken eines Zusammenschlusses mit Deutschland huldigen.

Ein grosser Unterschied zwischen Österreich und der Schweiz besteht insbesondere aber auch darin, dass anlässlich der Friedensverträge nach dem Weltkrieg die Selbständigkeit unseres Landes nie in Frage gestellt worden ist, während schon damals der Kampf um ein selbständiges Österreich entbrannt war. Das heutige deutsche Staatsoberhaupt hat aber bei der Festsetzung seiner politischen Grundsätze auch aus der von ihm gehuldigten Ansicht der Notwendigkeit einer Befreiung Österreichs nie ein Hehl gemacht, während, bessere Belehrung vorbehalten, im gleichen Sinne von der Schweiz nicht gesprochen wurde, sondern es ist vielmehr unserem Lande gegenüber wiederholt die Loyalität und die Nichtantastbarkeit der schweizerischen Selbständigkeit betont worden. Endlich sollten die vom deutschen Gesandten in den letzten Tagen dem Bundesrat abgegebenen Versicherungen über die freundschaftliche Haltung Deutschlands der Schweiz gegenüber keine Zweifel offen lassen.

Der Schweiz. Vaterländ. Verband ist sich zwar bewusst, dass hin und wieder von führenden deutschen Staatsmännern gegenüber unserem Lande unfreundliche Worte gesprochen und geschrieben worden sind. Allein diese Stellungnahme muss nicht zuletzt auch auf die Einmischung eines Teiles der schweizerischen Presse in ausländische Verhältnisse zurückgeführt werden, ohne dass mit dieser Auffassung des S.V.V. der Vertretung des schweizerischen Standpunktes und einer anständigen Kritik enge Schranken gezogen werden wollten.

Wenn aus den oben dargelegten Gründen der Schweiz. Vaterländ. Verband eine unmittelbare Gefahr für die Schweiz in ähnlicher Weise, wie es für Österreich der Fall war, nicht zu erblicken vermag und daher zu einer Panikstimmung, wie sie da und dort in verschiedenen Formen sich äusserte, keine genügenden Gründe vorliegen, so darf doch den Ereignissen nicht tatenlos zugesehen werden.

Die Ereignisse müssen jedoch von einer Warte aus besprochen werden, welche der schweizerischen Neutralität entspricht und es müssen für unsere Verhältnisse die notwendigen Folgerungen gezogen werden, welche den Bedürfnissen unseres Landes zur Aufrechterhaltung seiner Unabhängigkeit gerecht werden.

In erfreulicher Weise ist in der schweizerischen Presse im Laufe der letzten Tage von zu äusserst rechts bis zu äusserst links das Bekenntnis zur Demokratie, zum Wehrwillen und zur Unabhängigkeit zum Ausdruck gekommen. Schon diese Einmütigkeit dürfte im Ausland ihre Wirkung nicht verfehlen. Dem Schweiz. Vaterländ. Verband will es aber scheinen, dass Aufrufe und öffentliche Kundgebungen, wie sie teilweise im Laufe dieser Woche erfolgten, ohne Not eher unterbleiben sollten, weil sie geeignet erscheinen, uns von der erforderlichen Neutralität abzudrängen und zudem zu noch grösserer Beunruhigung der Bevölkerung beitragen müssten.

Unser Verband begrüsst es dagegen, dass Bestrebungen zum gemeinsamen Handeln aller Parteien vorhanden sind; er würde es aber bedauern, wenn die Bereitschaft zu einmütiger Zusammenarbeit in den vor uns liegenden wichtigen Fragen von politischen Zugeständnissen, welche nicht in den Zusammenhang gehören, abhängig gemacht werden wollten.

Im Hinblick auf die Vorgänge in Österreich, und besonders auch die allgemein gespannte politische Weltlage, die Entwicklung des fernöstlichen Konfliktes, das Ultimatum von Polen an Litauen und die unsicheren Folgen und Rückwirkungen des spanischen Bürgerkrieges ist die Überprüfung unserer militärischen Bereitschaft zur dringenden Notwendigkeit geworden. Bereits melden sich sogar sozialistische Stimmen, welche einen Ausbau des Grenzschutzes durch eine ständige Truppe mit genügend Mannschaften verlangen, und unwillkürlich muss man auch zurückkommen auf die schon früher erhobenen Forderungen der zweckmässigen und genügenden Ausrüstung der

Armee und der hinreichenden Ausbildung der Truppen. Dabei stellt der Schweiz. Vaterländ. Verband mit Bedauern fest, dass nicht rechtzeitig und mit Nachdruck die einmal beschlossene Besserbewaffnung unserer Armee durchgeführt worden ist, und er würde es begrüßen, wenn in den verantwortlichen Stellen eine Reorganisation durchgeführt würde, welche in Zukunft weitere Verschleppungen ausschliesst.

Hinsichtlich der Ausbildung hat der Schweiz. Vaterländ. Verband mit grösster Sorge von den Feststellungen Kenntnis genommen, welche dahin gehen, dass die Ausbildungszeiten auch in der neuen Militärorganisation zu kurz bemessen sind.

Wenn auch reichlich spät, so wäre doch angesichts der heutigen politischen Weltlage der Zeitpunkt äusserst günstig, um Versäumtes nachzuholen, indem einerseits das Schweizervolk zu vermehrten Opfern bereit wäre, und andererseits ein sofortiges Handeln nach aussen eine wirksame Demonstration des schweizerischen Wehrwillens bedeuten würde.

Der Schweiz. Vaterländ. Verband erwartet daher, dass unter den Fraktionen der Bundesversammlung anlässlich der gemeinsamen Präsidentenkonferenz vom nächsten Montag die Fragen besprochen und in praktischer Hinsicht etwa folgende Anregungen, welche im wesentlichen mit Ansichten von General Wille in seinem Bericht an die Bundesversammlung übereinstimmen, zur sofortigen Verwirklichung ernsthaft geprüft werden:

1. Einberufung der nur zu Organisationsmusterungen vorgesehenen Truppen zu vollständigen Wiederholungskursen noch im Laufe dieses Jahres zwecks Ergänzung der Ausbildung in der ganzen Armee.
2. Wesentliche Verlängerung der Rekrutenschulen.
3. Verlängerung der grundlegenden Kadernschulen (Uof. und Of. Schulen).
4. Beibehaltung dreiwöchiger Wiederholungskurse auch für die Zukunft.
5. Verpflichtung zu 2 Wiederholungskursen in der Landwehr.

Der Schweiz. Vaterländ. Verband verzichtet vorläufig darauf, seine Auffassung über diese Notwendigkeiten der Öffentlichkeit zu unterbreiten, in der Hoffnung, eine entschlossene Demonstration des schweizerischen Wehrwillens werde von der Bundesversammlung ausgehen und diese vermöge durch rasche Entschlüsse und einmütiges Handeln ihr Vertrauen und ihr Ansehen im Volk zu stärken. Schon im Laufe der am 21. März beginnenden Session sollte es aber möglich sein, zweckdienliche Massnahmen zu beschliessen. Dabei sollten dringliche Bundesbeschlüsse jedoch nur, wenn unumgänglich notwendig, gefasst werden. Ein Bundesgesetz, als Rahmengesetz gedacht, nach welchem Bundesrat und Bundesversammlung beauftragt würden, die technischen Details vorzukehren, könnte dabei der Volksabstimmung innert kürzester Frist unterbreitet werden, wenn 8 Kantone vom Recht des fakultativen Referendum unverzüglich Gebrauch machen wollten und die Volksabstimmung kurzfristig angesetzt würde. Hiezu sei bemerkt, dass nach der Ansicht kompetenter Staatsrechtslehrer (beispielsweise Prof. Giacometti) bei zustande gekommenem Referendum ohne den Ablauf der Referendumsfrist abzuwarten, die Abstimmung angesetzt werden kann.

Im Zusammenhang mit den militärischen Fragen ist der Schweiz. Vaterländ. Verband sodann der Ansicht, dass die Frage der Neutralität unseres Landes auch in Zukunft nicht durch die vorbereitete Neutralitätsinitiative abgeklärt werden soll, sondern dass diese Abklärung im Sinne der in der Bundesversammlung bereits diskutierten Wege baldmöglichst erfolgen müsse. Dazu ist ferner zu bemerken, dass der Vaterländische Verband im heutigen Zeitpunkt auch eine allfällige Diskussion über den Austritt der Schweiz aus dem Völkerbund für nicht angezeigt erachten würde, wobei immerhin die Neutralität dem Völkerbund voranzustellen ist.

Mit diesen Ausführungen, welche den Verbandssektionen des S.V.V. zur eigenen Orientierung zugehen, gestattet sich der Verband aber auch eine Anzahl Parlamentarier und nicht zuletzt auch das Eidgenössische Militärdepartement von seiner Auffassung in Kenntnis zu setzen in der dringenden Erwartung, dass die zuständigen Behörden den uns als geeignet erscheinenden Moment nicht vorbeigehen lassen, um für unser Land in ernster Stunde diejenigen Sicherheitsmassnahmen zu treffen, welche als notwendig empfunden werden und die einzig und allein Gewähr bieten für die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit unseres Landes.